

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 19.12.2016

Anfrage Nr.: 0106/2016/FZ
Anfrage von: Stadträtin Deckwart-Boller
Anfragedatum: 25.11.2016

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 27. Dezember 2016

Betreff:

Triflouracetat-Werte im Neckar

Schriftliche Fragen:

Im südlichen Neckar wurden erhöhte Werte an Trifluoracetat festgestellt, die von einer Firma in Bad Wimpfen eingeleitet werden.

Was ist bekannt darüber?

Was wird getan, um diesen Wert zu minimieren?

Welche Maßnahmen werden von Seiten des Landes getroffen, um die Einleitung dieses Stoffes zu unterbinden?

Welche Maßnahmen trifft die Stadt Heidelberg?

Antwort:

Die Firma Solvay in Bad Wimpfen produziert Trifluoressigsäure. Bei der Abwasserbehandlung entsteht Trifluoracetat (TFA). Die Abwasserbehandlung ist nach Auskunft des Regierungspräsidiums Stuttgart wasserrechtlich genehmigt. Die genehmigte Einleitungsfracht in den Neckar ist uns nicht bekannt. Die Genehmigungsbehörde ist das Regierungspräsidium Stuttgart, das die rechtlichen Möglichkeiten eines Widerrufs der genehmigten Einleitung prüft. Der Stand des Widerrufverfahrens ist uns nicht bekannt; eine kurzfristige juristische Lösung ist offenbar nach Einschätzung des Regierungspräsidiums nicht zu erwarten.

Der gesundheitliche Orientierungswert für TFA im Trinkwasser liegt bei 1 µg/l (Mikrogramm pro Liter). Mittelfristig, d.h. bis zum 31.12.2025 werden Werte bis 10 µg/l durch das Gesundheitsamt toleriert. Durch Zumischung von Grundwasser aus dem Schwetzingen Hardt werden die 10 µg/l im Heidelberger Trinkwasser eingehalten.

Mitte Januar 2017 findet eine Besprechung des Regierungspräsidiums Karlsruhe mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg über die weitere Vorgehensweise bei der Wasserversorgung in den betroffenen Kommunen statt. Anschließend wird die Vorgehensweise mit den betroffenen unteren Wasserbehörden diskutiert. Sobald dieser Termin stattgefunden hat, lädt die Verwaltung zur Besprechung über das weitere Vorgehen in Heidelberg ein.

Sitzung des Gemeinderates vom 20.12.2016

Ergebnis: behandelt